

# DSTG magazin

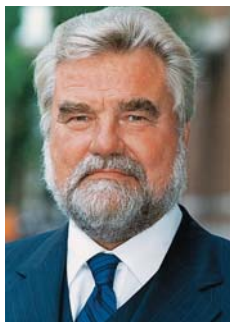
Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Juni 2009 · 58. Jahrgang

6



Dieter Ondracek überreicht Werner Hagedorn die Urkunde über die Ernennung zum DSTG-Ehrenvorsitzenden; die Laudatio für Erhard Geyer (li.) hielt die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer.

Festakt zum 60-jährigen  
Bestehen unterstreicht Bedeutung der DSTG  
DSTG-Bundeshauptvorstand tagt in Berlin  
Ondracek: Gesetz gegen Steuerhinterziehung  
ausreichend Schlagkraft verleihen



> Editorial

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 2. Juni 1949 wurde die DSTG wieder neu gegründet. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Steuerverwaltung eine

Bundesverwaltung und zentral organisiert. Die Vorläuferorganisation der DSTG, der Bund der Reichssteuerbeamten, hatte sich vor der Gleichschaltung durch das Naziregime selbst aufgelöst. Nach Kriegsende mussten alle staatlichen Strukturen und Organisationen neu geschaffen und geformt werden. Die Steuerverwaltung wurde föderal organisiert. Dies war eine Entscheidung der Alliierten und wurde dann von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes in diesem Sinne geregelt. Wenige Tage nach dem Erlass des Grundgesetzes trafen sich weitsichtige und strategisch denkende Kollegen, um die in den einzelnen Besatzungszonen schon aufkeimende gewerkschaftliche Bewegung der Steuerbeamten zu bündeln und bundesweit zu organisieren. Theodor Fockele, ein Beamter des höheren Dienstes aus Niedersachsen, wurde auf der Gründungsversammlung am 2. Juni 1949 in Beverungen zum 1. Vorsitzenden gewählt. Mit dabei als fleißiger Arbeiter im Hintergrund war der damals junge Kollege Hermann Fredersdorf aus Nordrhein-Westfalen.

Der Name Fredersdorf ist aus der Gründungsphase und der Entwicklung der DSTG nicht wegzudenken. Er übernahm 1957 das Amt des DSTG-Vorsitzenden und war über 22 Jahre ihr Vorsitzender. Es freut uns, dass unser Ehrenvorsitzender Hermann Fredersdorf noch immer an unseren Sitzungen teilnimmt und engagiert mitwirkt. Leider ist er altersbedingt gesundheitlich angeschlagen. Wir dürfen ihm auch von dieser Stelle aus unsere allerbesten Wünsche übermitteln und ihm für seine gewaltige Leistung danken.

Zum 60-jährigen Jubiläum hatte die DSTG auch im Gedenken an diese Aufbauleistung eine routinemäßige Bundeshauptvorstandssitzung einberufen. Diese Sitzung war die erste nach dem Gewerkschaftstag 2007 in Chemnitz, sodass ein umfangreiches Programm zu bewältigen war. Trotz dieses Arbeitspensums lud die DSTG aus Anlass ihres Jubiläums zu einer abendlichen öffentlichen Veranstaltung Vertreter aus Politik und Spitzen der Verwaltung sowie befreundete Organisationen ein, um in einem Festakt die DSTG-Arbeit über 60 Jahre hinweg zu bewerten und zu würdigen. Mit Hermann Fredersdorf, Werner Hagedorn, Erhard Geyer und dem amtierenden Vorsitzenden Dieter Ondracek waren die Bundesvorsitzenden, die lückenlos die Spanne von über 52 Jahren abdecken, anwesend. Auch dies ist ein seltenes Jubiläum. Für den Rückblick auf 60 Jahre wurde eine Chronik erstellt, die demnächst den Ortsverbandsvorsitzenden vorliegt und von den Mitgliedern eingesehen werden kann.

Die DSTG hat sich über 60 Jahre hinweg in Gesellschaft und Öffentlichkeit einen Namen gemacht und einen bemerkenswerten Ruf. Sie strahlt positiv als Hüter der Steuermoral, Verfechter von Steuergerechtigkeit und als Mahner für eine ausreichend personelle Ausstattung der Steuerverwaltung. Sechs Jahrzehnte lang arbeitete die DSTG engagiert, um die Beschäftigungsverhältnisse, die Rahmenbedingungen, die Bezahlung und die Versorgung der Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung zu verbessern, auszubauen und zu sichern. Wenn man zurückblickt, stellt man fest, dass vieles erreicht worden ist, aber auch Manches noch zu tun ist. Dies ist Ansporn für die derzeitige

> Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-600, Telefax 030.206256-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

**Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, 030.4081-40, Telefax 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. 0211.7357-841, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon 0211.7357-563, Telefax 0211.7357-507. Anzeigentarif Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage:** dbb magazin: 768.550 Exemplare (IVW 1/2009). **Vertrieb:** Tel. 0211.7357-155, Telefax 0211.7357-891. **Anzeigenschluss** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

- > Festakt zum 60-jährigen Bestehen unterstreicht Bedeutung der DSTG 4
- > DSTG-Bundeshauptvorstand tagt in Berlin Mit Sorge betrachtet 6
- > Ondracek: Gesetz gegen Steuerhinterziehung ausreichend Schlagkraft verleihen 8
- > DSTG-Jugend feiert 50-jähriges Jubiläum und blickt in die Zukunft 9
- > Tarifkommission tagte in Berlin Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist Tarifergebnis ein beachtlicher Erfolg 12
- > Seminar über neues Tarifrecht stößt auf große Resonanz 13
- > Seminar für Vertrauenspersonen schwerbehinderter Menschen 14
- > dbb vorsorgewerk informiert 14
- > 58er-Bezüge fallen unter begünstigte Versorgungsbezüge 15
- > Bei Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen wird draufgesetzt 15
- > Tauschcke 16

> dbb

- > Gespräch zum SPD-Wahlprogramm 17
- > Föderalismusreform II: Schuldenbremse nicht ins Grundgesetz 18
- > Beamtenbesoldung: Zurück in Bundeshand 19
- > 7. Forum Personalvertretungsrecht 20
- > Betriebsrente: Punktemodell erhalten 22
- > Privatisierung: Kein Patentrezept für Kommunen 24
- > mitgliederservice: www.dbb-vorsorgewerk.de 25
- > jugend: Arbeit an der Basis 28
- > t@cker 28
- > europa: 9. Europäischer Abend 30
- > hintergrund: Rentenkassen unter Druck – Wie sicher ist die Rente? 32
- > senioren: Arbeitsleben und Senioren – Das Ende des Jugendwahns 34
- > Interview mit PISA-Koordinator Prof. Dr. Manfred Prenzel 38
- > dbb online: Der dbb im Internet 40
- > mittagsgespräch: Rainer Saalfrank, Vorstandssprecher der VVS Holding 42
- > dbb akademie: Kongressmesse „neueVerwaltung“ 44
- > brennpunkt: DDR-Geschichte im Unterricht 46

ge Bundesleitung, den positiven Weg der vergangenen 60 Jahre weiterhin erfolgreich zu gestalten.

Durch die intensive und breite Öffentlichkeitsarbeit der DSTG ist unsere Gewerkschaft sehr bekannt. Der Bekanntheitsgrad führt zunehmend dazu, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger der DSTG Hinweise auf Steuerhinterziehung übersenden. Dabei ist den um Aufklärung bemühten Personen klar, dass die DSTG keine eigene Ermittlungskompetenz hat. Sie gehen aber offenbar davon aus, dass die DSTG zuverlässig die Informationen an die Steuerfahndungsstellen weitergibt. Und dies geschieht auch! Dies haben wir auch mit dem im Editorial unserer Mai-Ausgabe

angesprochenen Schreiben der sechs unbekanntem Mitarbeiter der Schweizer Bank UBS so gehandhabt. Ich habe den Inhalt dieses Schreibens auch im Rahmen einer Anhörung des Bundestags-Finanzausschusses bekannt gemacht. Die Empörung über die darin dargestellten Machenschaften war bei den Abgeordneten groß. Dies war Anlass für den Justiziar der UBS in Deutschland mich anzurufen und darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem Schreiben und den übersandten Aufstellungen nur um eine Fälschung handeln kann. Ich wiederum konnte nur entgegen, dass dieses Schreiben auf einem Original-Briefkopf der UBS an uns geschickt wurde und wir keine Möglichkeit haben, die Richtigkeit zu über-

prüfen. Wenn der Inhalt aber zutreffen sollte und die Briefeschreiber eine Strafverfolgung wollen, müssten sie uns weitere Detailinformationen nachreichen. Nur mit weiteren Details könnte eine Strafverfolgung wirksam in die Wege geleitet werden.

Einige der Missstände anzeigenden Schreiber kritisieren die DSTG im Anschluss, dass aufgrund ihres Hinweises zu wenig erfolgt sei. Das liegt aber dann nicht an der DSTG, sondern an der Qualität der Informationen. Wir leben in einem Rechtsstaat und hier können strafrechtliche Ermittlungen nur mit einem konkreten Anfangsverdacht in Gang gesetzt werden. Bloße Vermutungen reichen nicht aus. Und

dies ist auch gut so. Gleichwohl bleibt das Tagesgeschäft der DSTG natürlich im Mittelpunkt, nämlich das Engagement für die Mitglieder Positives zu erreichen. Auch und gerade bei den zum Teil neu geschaffenen föderalen Zuständigkeiten ist hierfür die Bündelung aller Kräfte auf Bundesebene notwendig und verspricht nur so Erfolg. Alle, die derzeit in der DSTG Verantwortung tragen, werden sich nach Kräften bemühen, die Situation der Beschäftigten der Steuerverwaltung zu verbessern, Steuergerechtigkeit zu wahren und auf Praktikabilität der Steuergesetze zu achten.

Mit kollegialen Grüßen

*Herzliche Grüße  
Dieter Ondracek*

## Festakt zum 60-jährigen Bestehen unterstreicht Bedeutung der DSTG

Mit einem Festakt feierte die DSTG ihr 60-jähriges Bestehen am 2. Juni dieses Jahres in Berlin. Hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung und Verbänden sowie die Mitglieder des DSTG-Bundeshauptvorstandes begangen das Jubiläum gemeinsam im dbb forum. Die feierliche Festansprache zu dem Thema Steuern und Moral hielt Georg Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin. Grußworte sprachen die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen Nicolette Kressl (MdB), der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der Finanzminister des Landes Niedersachsen, Hartmut Möllring (MdL), der Vorsit-

zende des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag Eduard Oswald (MdB) sowie der

Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Peter Heesen.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek begrüßte neben den Bundestagsabgeordneten Bartholomäus Kalb (CSU), Florian Pronold (SPD), Manfred Kolbe (CDU), Jörg-Otto Spiller (SPD) und Dr. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen), die Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen Karoline Linnert, den Finanzsenator von Berlin Dr. Ullrich Nussbaum und den ehemaligen Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz Gernold Mittler.

Besonders herzlich begrüßte der DSTG-Chef seine Vorgänger im Amt, den langjährigen DSTG-Ehrenvorsitzenden Hermann Fredersdorf und die vom Bundeshauptvorstand frisch



> Der Erzbischof von Berlin, Kardinal Georg Sterzinsky (li.), hielt die viel beachtete Festansprache beim Festakt zum 60-jährigen DSTG-Jubiläum; daneben der niedersächsische Finanzminister und TdL-Vorsitzende Hartmut Möllring, der ein Grußwort sprach, DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

gekürten neuen Ehrenvorsitzenden Werner Hagedorn und Erhard Geyer. Ondracek stellte mit Stolz fest, dass in den 60 Jahren gewerkschaftlicher Arbeit im Interesse der Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung sehr viel erreicht worden sei – große Herausforderungen müssten jedoch in Zukunft noch bewältigt werden. Bei der DSTG handele es sich um eine kleine aber feine Gewerkschaft und vor allem schlagfertige Truppe.

Die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer zeigte in einem Rückblick die wichtigsten Stationen der gewerkschaftlichen Arbeit der DSTG seit ihrer Gründung am 2. Juni 1949 auf. Die gewerkschaftliche Arbeit auf Bundesebene sei geprägt durch eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Steuerrecht, um den Kolleginnen und Kollegen praktikables Handwerkszeug an die Hand zu geben sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, um die Probleme der

oben auf der Liste der gewerkschaftlichen Tätigkeiten der DSTG-Bund.

Der Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky beleuchtete aus ethischer Sicht die jüngst bekannten Fälle von Steuerhinterziehung sowie die im politischen Raum diskutierten Maßnahmen zur Austrocknung von Steueroasen und Bekämpfung von Steuerkriminalität und -betrug. Seine grundsätzlichen Ausführungen, aber auch sehr konkrete Mahnungen, fanden bei den Teilnehmern des Festaktes hohe Aufmerksamkeit und Zustimmung. Der Kardinal sagte, Steuerhinterziehung sei in einem demokratischen Gemeinwesen – anders als in der Geschichte vielfach argumentiert – als unmoralisch zu brandmarken. Kein Steuerpflichtiger dürfe sich mit der Begründung, der Staat würde die Steuermittel falsch einsetzen, aus seiner Steuerpflicht herausreden oder mit der Verlagerung seines Kapitals ins Ausland der hiesigen Steuerpflicht



> Die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Nicolette Kressl, überbrachte im Namen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Glückwünsche zum 60-jährigen Jubiläum.

Steuerverwaltung einer breiten Öffentlichkeit präsent zu machen. Daneben stehen der Einsatz für eine funktionsgerechte Bezahlung, die Arbeit im Tarifbereich sowie der Erhalt einer bundeseinheitlichen Aus- und Fortbildung ganz

entgehen. Auch eine vermeintlich zu hohe Steuerbelastung dürfe nicht zu Steuerwiderstand führen, denn es sei moralisch verwerflich, die gut ausgebaute Infrastruktur, das Gemeinwesen, Schulen und eine im Vergleich zum Ausland



> Die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer bei ihrem Rückblick auf die wichtigsten Stationen der Gewerkschaftsarbeit seit der Gründung im Jahre 1949.

qualitativ hochwertige Verwaltung in Anspruch zu nehmen, aber dafür jedoch nicht seinen steuerlichen Beitrag leisten zu wollen.

Der Berliner Erzbischof wies darauf hin, dass selbst eine vermeintliche Steuergerechtigkeit kein legitimer Grund für Steuerhinterziehung sei, denn eine absolute Gerechtigkeit könne der Gesetzgeber niemals herstellen.

Kardinal Sterzinsky äußerte sich zu einzelnen steuerrechtlichen Novellierungen, wie der Einführung der Abgeltungssteuer, kritisch und unterstützte damit die DSTG-Ansicht, die die Abgeltungssteuer als Verletzung des Gleichmaßes der Besteuerung für verfassungsrechtlich bedenklich ansieht.

Sterzinsky betonte ausdrücklich, dass zu einer gesunden Steuermoral auch die gleichmäßige Durchsetzung des Steueranspruchs gehöre, denn alleinige Appelle an die Steuerbürger, ihren Steuerpflichten nach Recht und Gesetz nachzukommen, würden keine Wirkung zeigen. Dazu sei eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzämter dringend erforderlich.

Die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Nicolette Kressl, sprach im Namen von Finanz-

minister Peer Steinbrück Glückwünsche zum 60-jährigen Bestehen der DSTG aus. Die DSTG könne auf eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit zurückblicken. Von Beginn an habe ein intensiver Meinungs-austausch mit dem Bundesministerium der Finanzen eingesetzt. Der fachliche Austausch habe sich zu einer Tradition entwickelt – die sachkundigen und kompetenten Gesprächspartner, die das Steuerrecht aus Sicht der Praxis darstellten, schätze das BMF. Es sei bedeutsam, dass die gewerkschaftliche Arbeit der DSTG weit über die reine Interessenvertretung hinausgehe – nicht zuletzt deshalb sei der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek auch in der breiten Öffentlichkeit zu einer Institution für Steuergerechtigkeit geworden. Die parlamentarische Staatssekretärin wünschte der DSTG für ihre gewerkschaftliche Arbeit alles Gute und sprach die Hoffnung aus, dass sich der Dialog mit dem BMF auch weiterhin konstruktiv gestalten werde.

Der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Finanzminister von Niedersachsen, Hartmut Möllring, der in seinem Grußwort auch den kurzfristig terminlich verhinderten Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz und

Finanzminister Nordrhein-Westfalens Dr. Helmut Linsen vertrat, dämpfte die Illusionen über ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Tatsächliche Umstände sowie permanente Anpassungsnotwendigkeiten führten dazu, Steuervereinfachungsmaßnahmen immer wieder zu unterlaufen.

Möllring dankte für die verlässliche und konstruktive Partnerschaft in den Tarifeinrichtungen.

Unter den Gästen waren hochrangige Vertreter aus dem BMF, wie Staatssekretär Werner Gatzler, aus dem sächsischen Staatsministerium der Finanzen Staatssekretär Dr. Wolfgang Voß sowie aus dem Ministerium der Finanzen des Saarlandes Staatssekretär Gerhard Wack. Neben zahlreichen Mitgliedern der Führungsebene in den DSTG-Mitgliedsverbänden und dbb Landesbünden waren die DSTG-Ehrenmitglieder Dr. Paul Courth,

Joachim Rothe und Dr. Rainer Ullrich anwesend. Mit dem Bundesvorsitzenden des dbb Peter Heesen nahmen von der Dachorganisation der DSTG der zweite Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Frank Stöhr sowie die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Astrid Hollmann, Kirsten Lühmann, Klaus Dauerstadt und Heinz Ossenkamp sowie Willi Russ an dem Festakt teil.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag Eduard Oswald überbrachte für den Deutschen Bundestag die Glückwünsche zum 60-jährigen Bestehen der DSTG. Die DSTG sei mit ihren ausgewogenen Stellungnahmen Mittler zwischen Bürger und Staat. Ihre Experten seien in den Anhörungen im Finanzausschuss des Bundestages wichtige und gefragte Gesprächspartner. Zwar



> Für den Deutschen Bundestag überbrachte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Eduard Oswald, die Glückwünsche.

könnten nicht alle Vorschläge umgesetzt werden, die Sicht aus der Praxis sei im Gesetzgebungsverfahren jedoch stets wichtig.

Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Peter Heesen dankte im Namen des dbb für die langjährige enge gewerkschaftliche Zusammenarbeit. Die Bedeutung der DSTG vor Ort und in der Öffentlichkeit zeige die politische

Kraft und die Bedeutung der Organisation.

Der Festakt wurde musikalisch untermalt von den Bläsersolisten des Neuen Kammerorchesters Bamberg.

Unterstützt wurde die Festveranstaltung von den Partnerfirmen der DSTG: HUK-COBURG, BBBank, Debeka, DBV, Nürnberger Versicherung, Signal Iduna und wüstenrot. ■

## DSTG-Bundeshauptvorstand tagt in Berlin

# Mit Sorge betrachtet: Beamtenrecht driftet in Bund und Ländern auseinander

Die Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der DSTG-Bund wurde eingerahmt von der 101. Sitzung des Bundeshauptvorstandes, der am 2./3. Juni 2009 in Berlin tagte.

Neben dem Lagebericht der Bundesleitung sowie Berichten aus Kommissionen und Ausschüssen, standen Organisationsangelegenheiten und die Analyse aktueller politischer Entwicklungen auf der Tages-

ordnung der Arbeitssitzung des zweitgrößten und zweithöchsten Beschlussorgans der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Neben diesen Punkten stand die Tarifeinigung mit den Ländern im Fokus der Diskussionen des Bundeshauptvorstandes. Vor allem die Streik- und Protestaktivitäten der Kolleginnen und Kollegen haben nach Ansicht des Bundeshauptvorstandes einen wichtigen Beitrag zur

Tarifeinigung in den Ländern geleistet.

Zu den zentralen besoldungs- und versorgungsrechtlichen Entwicklungen in Bund und Ländern stellten die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes fest, dass eine Vergleichbarkeit der Rahmenbedingungen zukünftig nicht mehr gesichert ist, weil sich das Beamtenrecht in Bund und Ländern immer weiter auseinanderentwickelt.

Der Bundeshauptvorstand verschaffte sich einen Überblick zu den organisatorischen Neuordnungen, mit denen die Föderalismuskommission II die Arbeitsbedingungen der Steuerverwaltung verbessern will. Der Bundeshauptvorstand bewertet als positiv, dass dem Bundeszentralamt für Steuern ein Benennungsrecht für Steuerpflichtige, die Außenprüfungen unterliegen, eingeräumt werden soll, um damit Außenprüfungen zu vereinheitlichen und das Gleichmaß der Besteuerung zu verbessern. Die Präzisierung rechtlicher Rahmenbedingungen für ein Verwaltungscontrolling der Steuerverwaltung auf Bundesebene sowie eine Zentralisierung des Steuerabzugsverfahrens für beschränkt Steuerpflichtige beim Bundeszentralamt für Steuern

hält der Bundeshauptvorstand für einen richtigen Schritt hin zur Verbesserung einer bundes-einheitlichen Steuererhebung. Notwendig sei auch die Weitergabe anonymisierter Daten des automatisierten Besteuerungsverfahrens durch die Länder an den Bund, um damit Gesetzesfolgeabschätzungen auf Bundesebene durchzuführen.

Die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes verschafften sich einen Überblick zu den neuesten Entwicklungen bei der Steuerbeamtenausbildung. Mit Sorge ist zu beobachten, dass in einzelnen Bundesländern die hohen Qualitätsmaßstäbe für die Steuerbeamtenausbildung aufgeweicht werden. Solche Fehlentwicklungen müssen nach Ansicht des Bundeshauptvorstandes möglichst frühzeitig unterbunden werden. Deshalb hat die DSTG-Bund zur Situation der Steuerbeamtenausbildung in den Ländern eine Umfrage gestartet. Mithilfe der gewonnenen Erkenntnisse werden Neuerungen im Bereich der Ausbildung konstruktiv begleitet.

Neben aktuellen politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug befasste sich der Bundeshauptvorstand mit dem „Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung“ und die damit verbundenen komplizierten Regeln im Steuerrecht, die vor allem durch eine Günstigerprüfung die Steuerverwaltung zu Mehrarbeit und Beratungsbedarf zwingen. Nach Ansicht des Bundeshauptvorstandes ist es stattdessen sinnvoller, einen begrenzten Betrag zur Absetzbarkeit von Beiträgen für sonstige Vorsorgeaufwendungen vorzusehen, mit dem die aufwändige Günstigerprüfung obsolet wäre.

Der DSTG-Bundeshauptvorstand unterstützt nachdrücklich die mit dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz

vorgesehenen Regelungen zur Beseitigung von Steuerschlupflöchern und Verbesserung des gesetzlichen Rahmens für die Steuerverwaltung im Kampf gegen Steuerhinterziehung und -betrug. Der Gesetzentwurf habe eine erhebliche internationale Dimension, weil er ein Druckpotenzial aufbaue, das dringend notwendig sei, um andere Länder zu einem stärkeren Informationsaustausch mit den deutschen Steuerbehörden zu bewegen. Bedauerlich sei jedoch, dass der Gesetzentwurf an einigen Stellen zu Lasten der Arbeit der Steuerverwaltung gegenüber dem Referentenentwurf aufgeweicht worden sei. Auch sei unverständlich, warum die Novellierungen, die eine administrative Verbesserung der Steuererhebung zur Folge haben sollen, in Bezug auf ihre erste Anwendung unter Vorbehalt einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates gestellt werden sollen.

Nicht zuletzt informierte sich der DSTG-Bundeshauptvorstand über die Eckpunkte steuerlicher Novellierungen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009. Deutlich wurde dabei, dass das Thema Steuerrecht den Wahlausgang wegen der unterschiedlichen politischen Vorstellungen spürbar beeinflussen wird.

### ► **Bundeshauptvorstand kürt zwei Ehrenvorsitzende**

Im Rahmen seiner Sitzung ernannte der Bundeshauptvorstand die beiden ehemaligen Vorsitzenden der DSTG, Werner Hagedorn und Erhard Geyer, in Anerkennung und Würdigung ihrer großen Verdienste um die Deutsche Steuer-Gewerkschaft einstimmig zu Ehrenvorsitzenden der DSTG.

Werner Hagedorn hatte den Vorsitz von April 1979 bis zu seiner Wahl zum dbb Bundesvorsitzenden am 5. November

# ZEIT FÜR EINEN „FARB-WECHSEL“!



Jetzt günstig (um)finanzieren:  
**3,40%**  
Gleichanleihe  
**0180 5222170**  
14 d./Mon. aus dem d. Festnetz  
Nichtfunknummern abwärts bis 0,06 €  
Montags bis Freitag: 8-00 bis 18:00 Uhr  
www.dbb-vorsorgewerk.de

## Nutzen Sie die Wüstenrot-Wechsel-Wochen.

Machen Sie jetzt einen Finanz-Check! Überzeugen Sie sich von den attraktiven Wüstenrot-Produkten. Profitieren Sie dabei von den exklusiven Vorteils-konditionen für dbb-Mitglieder bei Bausparen und Baufinanzierung:

- Halbe Abschlussgebühr beim Bausparen
- 0,3% Zinsvorteil für Baufinanzierungen

Riester-Förderung:  
Bei Wüstenrot jetzt für Bausparen und Baufinanzierung!



\* Wüstenrot Constant mit Ideal Bausparvertrag, Vorsparlehne, effektivster Jahreszins ab 3,45% fest bis Zuteilung. Gesamtaufzeit rd. 10 Jahre. Angebot freibleibend. Enthält bereits den dbb-Mitgliedervorteil von 0,3%.

1987 inne, Erhard Geyer, den der Bundeshauptvorstand per Nachwahl am 11. Dezember 1987 zum DSTG-Bundesvorsitzenden wählte, bis zu seiner

Wahl zum dbb Bundesvorsitzenden am 9. November 1995. Mit Hermann Fredersdorf, den der 9. Steuer-Gewerkschaftstag am 23. April 1979 in Stutt-

gart zum Ehrenvorsitzenden ernannte, und Dieter Ondracek – dem amtierenden Bundesvorsitzenden – waren im Bundeshauptvorstand die Bundesvor-

sitzenden der DSTG präsent, die lückenlos die gewerkschaftliche Spitzenposition über fünf Jahrzehnte abdecken – ein seltenes Jubiläum. ■

Ondracek:

## Gesetz gegen Steuerhinterziehung ausreichend Schlagkraft verleihen

Steuerunehrliche müssen an die Kasse geholt werden

Der von den Fraktionen der großen Koalition – CDU/CSU und SPD – eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung wurde in einer Expertenanhörung im Finanzsausschuss des Deutschen Bundestages am 25. Mai 2009 von den geladenen Steuerexperten unterschiedlich bewertet.

Die geplanten Neuerungen sehen u. a. stärkere Mitwirkungspflichten für Steuerpflichtige vor, die in Staaten, die keine Auskünfte in

Steuersachen erteilen, Geschäfte machen. Beispielsweise kann der Abzug von Betriebsausgaben oder Werbungskosten vom Mitwirken des Steuerpflichtigen abhängig gemacht werden – auch sieht der Entwurf die Möglichkeit von Außenprüfungen ohne vorherige Begründung bei Steuerpflichtigen mit Überschusseinkünften über 500.000 Euro pro Jahr vor.

### ► Gesetzentwurf ist „Blackbox für Wirtschaft“

Die geladenen Experten von Wirtschafts- und Bankenverbänden vertraten die Ansicht, der Gesetzentwurf enthalte keine zielgerichteten Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Allein das Bestehen von Geschäftsbeziehungen zum Ausland rechtfertige keine stärkeren staatlichen Kontrollen, erhöhte Mitwirkungs- und Nachweispflichten oder die Versagung von steuerlichen Abzugsmöglichkeiten. Kritisiert wurde der Gesetzentwurf auch deshalb, weil er aus Sicht der Wirtschaft wegen zu vieler unbestimmter Rechtsbegriffe in der Praxis nicht anwendbar sei. Der Entwurf sei in der jetzigen Form eine „Black-

box“ für die deutsche Wirtschaft und führe zu einem immer weniger berechenbaren Steuerrecht. Nach Ansicht der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft würden die Vorschläge weit über das anvisierte Ziel hinausgehen und rechtsstaatliche Grundsätze in bedenklicher Weise verletzen. Es könne nicht sein, dass Schwierigkeiten bei der administrativen Amtshilfe mit anderen Staaten zum Anlass genommen werden, unbescholtene Steuerpflichtige, denen keine schuldhaftige Pflichtverletzung vorgeworfen werden könne, zu sanktionieren.

Von Seiten der Steuerberatung wurde eingeworfen, dass die Regelung im Widerspruch zu bereits bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen stehen könnten.

### ► Zufallsfunde bei Kampf gegen Steuerkriminalität nicht ausreichend

DSTG-Chef Dieter Ondracek, der die Deutsche Steuer-Gewerkschaft in der Anhörung vertrat, hielt das Gesetz hingegen für notwendig und richtig. Die steuerunehrlichen Bürger hätten einen Anspruch darauf, dass die

Steuerunehrlichen an die Kasse geholt werden. Nach Schätzungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hätten deutsche Steuerpflichtige im Ausland Schwarzgeld in Höhe von wenigstens 300 Milliarden Euro angelegt. Würden die Geldabflüsse offengelegt, käme es pro Jahr zu rund zehn Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen für den deutschen Fiskus. Die EU-Zinssteuer, die 20 Prozent beträgt und anonym von den Ländern überwiesen wird, in denen Deutsche Zinseinnahmen erzielen, brachte im Jahr 2007 lediglich einen Betrag von 200 Millionen Euro ein. Dieser Umstand zeige, dass der deutsche Gesetzgeber dringend handeln müsse, um Steuermisbrauch und -betrug zu bekämpfen und Steueroasen auszutrocknen. Es sei zum Schutz der deutschen Besteuerungsbasis und zur Wahrung des Gleichmaßes der Besteuerung nicht hinnehmbar, wenn die Steuerverwaltung auf Zufallsfunde, anonyme Anzeigen oder auf die dubiose Zulieferung von Beweismaterial angewiesen ist.

Der DSTG-Chef machte deutlich, dass mit dem Gesetzentwurf auf internationaler Ebene ein wichtiges Signal gesetzt bzw. ein Druckpotenzial aufgebaut werde, konsequent gegen Steuerhinterziehung und -betrug vorzugehen. Daneben erhalte die Bundesregierung die Möglichkeit, ohne ein langwieriges Gesetzgebungsverfahren im Wege der Rechtsverordnung zeitnah und zielgenau auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und Mitwirkungs- und Nachweispflichten sowie Sanktionen bezogen auf die Länder

auszugestalten, die sich einem verbesserten Auskunftsaustausch in Steuersachen verweigerten.

Ondracek wies darauf hin, dass eine Umsetzung von OECD-Standards zur verbesserten Zusammenarbeit in Steuersachen allein nicht die administrativen Probleme der Steuerverwaltung bei der Erfassung von steuerlichen Auslandsverhalten lösen könne. Notwendig hierfür sei vor allem eine Verbesserung der Amts- und Rechtshilfeverfahren, die derzeit zu lange dauern und zu kompliziert ausgestaltet sind. Beteiligungs- und Rechtsmittelverfahren können Auskunftersuchen zeitlich derart verzögern, dass Besteuerungsverfahren über Jahre nicht abgeschlossen werden können.

#### ► Gesetz teilweise zu eng formuliert

Der DSTG-Chef erläuterte, dass der Gesetzentwurf an mehreren Stellen zu eng formuliert sei,

um sämtliche steuerrechtlich relevante Sachverhalte abbilden zu können. So verpflichtete beispielsweise eine Neuerung in Art. 90 Abs. 2 Abgabenordnung den Steuerpflichtigen dazu, bei objektiv erkennbaren Anhaltspunkten – bezogen auf das Bestehen von Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten in einem Staat, der sich den OECD-Standards verweigert – die Vollständigkeit und Richtigkeit seiner steuerlichen Angaben an Eides statt zu versichern. Ondracek machte deutlich, dass neben Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten auch weitere Personen, Gesellschaften, Stiftungen, Trusts, Fonds etc. in den Gesetzestext aufgenommen werden müssten, um sämtliche steuerrelevanten Sachverhalte in der Vorschrift abzubilden und dieser die entsprechende Schlagkraft zu verleihen.

Wie Erfahrungen aus der Praxis gezeigt hätten, weisen Prü-

fungsfälle bei Steuerpflichtigen mit hohen Überschusseinkünften regelmäßig erhebliche Mehrergebnisse auf. Deshalb plädierte Ondracek für die geplante Novellierung, wonach bei einer Summe der positiven Überschusseinkünfte von mehr als 500.000 Euro im Kalenderjahr eine Außenprüfung ohne besondere Begründung generell zulässig sein soll.

Sämtliche Experten waren sich einig, dass die jüngste internationale steuerpolitische Diskussion zum Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz bereits gezeigt habe, dass sich die vorgesehenen Maßnahmen positiv auf die Kooperationsbereitschaft von Steuer-oasenländern auswirken, mit Deutschland einen verbesserten Informationsaustausch nach den Standards der OECD zu vereinbaren.

Nach Ansicht der DSTG ist es deshalb unverständlich, wes-

halb die erstmalige Anwendung der Maßnahmen zur Verbesserung der administrativen Sachaufklärung sowie die erweiterten Prüfungsrechte für die Steuerverwaltung im Hinblick auf ihre erstmalige Anwendung unter dem Vorbehalt einer Rechtsverordnung gestellt werden sollen, die die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen hat.

Ondracek wies darauf hin, dass der aufgebaute Druck, den der Gesetzentwurf zum Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz im In- und Ausland bereits entfaltet habe, nicht dadurch aufgeweicht werden dürfe, indem die Einführung verbesserter administrativer Maßnahmen für die Steuerverwaltung auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben werde.

Über das weitere Gesetzgebungsverfahren werden wir berichten. ■

DSTG-Jugend feiert 50-jähriges Jubiläum und blickt in die Zukunft:

## Verwaltungsinterne Ausbildung mit Diplom muss Eckpfeiler bleiben

Unter dem Motto „Dauerhaft STark seit Generationen“ setzte die DSTG-Jugend auf ihrem 16. Bundesjugendtag vom 28. bis 30. Mai 2009 in Berlin richtungweisende Maßstäbe für ihre Arbeit. Für alle Bereiche der Gewerkschaftsarbeit – von der Ausbildung, der Berufs- und Tarifpolitik über die Steuerpolitik bis hin zu Angelegenheiten der Steuerverwaltung – wurden zentrale Beschlüsse gefasst. Zugleich blickte man zurück auf 50 Jahre DSTG-Jugend. Am 30. Mai 1959 wurde die Jugend-Organisation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gegründet.



► Mit der Ernennung zum Ehrevorsitzenden der DSTG-Jugend würdigt der Bundesjugendtag die großen Verdienste des scheidenden Vorsitzenden Mario Moeller.

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Entschlie-ßung unter dem Leitsatz, „Be-währtes erhalten, Neues ge-stalten – wir machen mit“. Da-rin fordert die DSTG-Jugend, dass an der verwaltungsinter-nen Ausbildung festzuhalten-den ist und der Diplom-Ab-schluss für die Ausbildung im gehobenen Dienst erhalten bleiben muss.

Die bundeseinheitliche Ausbil-dung der Steuerbeamten ist ein Beitrag zur Steuergerech-tigkeit. Nur ein hohes einheitli-ches Niveau der Ausbildung

kann eine gleichmäßige Qualität der Rechtsanwendungen sichern. Eine bundeseinheitliche Ausbildung und eine hochwertige Fortbildung sind – gerade nach der Föderalismusreform I – wesentliche Voraussetzungen für eine gleichmäßige Besteuerungspraxis. Die DSTG-Jugend vertritt den Standpunkt, dass das Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz und die dazugehörige Prüfungsordnung tragfähige und belastbare Rechtsgrundlagen für eine funktionale, auf Steuerrechtspflege bezogene Ausbildung sind. Deshalb muss dieser hohe Bildungsstandard auf Dauer Bestand haben. Auch die Sicherung und ständige Weiterentwicklung der Verzahnung von Theorie und Praxis sind voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang wendet sich die DSTG-Jugend erneut entschieden gegen die Umstellung des Diplom-Abschlusses auf Bachelor/Master.



➤ Carl-Ludwig Thiele (FDP, MdB) machte deutlich, dass bürgerliches Engagement gerade in Zeiten der Krise wichtig ist.

Diese neuen Studiengänge bieten für einige Bereiche sicherlich Vorteile, als generelles Studienmodell sind sie aber ungeeignet. Insbesondere können damit die Besonderheiten der Ausbildung in der Finanzverwaltung nicht berücksichtigt werden. Vielmehr würde eine Umstellung sogar zu Qualitätseinbußen führen – wie beispielsweise bei der Praxisnähe der Ausbildung.

### ➤ Neue Bundesjugendleitung führt Torsten Schlick

Neben Antragsberatungen und Verabschiedung der Entschließung stand die Wahl der Bundesjugendleitung im Mittelpunkt des 16. Bundesjugendtages.

Als Vorsitzender wurde Torsten Schlick (LV Rheinland-Pfalz) gewählt, der bisher stellvertretender Vorsitzender war. Wiedergewählt in das Leitungsgremium wurde Cornelius Dietze (LV Sachsen). Als neue Mitglieder der Bundesjugendleitung wurden Teresa Baumgartner (bfg) als Schatzmeisterin sowie Stefanie Hofmann (bfg) und Johanna Mieder (LV Rheinland-Pfalz) gewählt.

Rechnungsprüfer wurden Andreas Klein (LV Saarland), Jens Langner (LV Hessen) und Anke Treck (LV Rheinland-Pfalz).

Die mehr als 120 Teilnehmer dankten herzlich den bisherigen Mitgliedern der Bundesjugendleitung, die nicht wieder kandidierten: Mario Moeller, Daniela Werner (beide LV Berlin) und Jens Langner (LV Hessen).

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann bedankte sich im Namen der DSTG-Bundesleitung für die konstruktive Zusammenarbeit



➤ Dr. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen, MdB) wies in seinem Grußwort darauf hin, dass der Personalmangel in der Steuerverwaltung zu Gerechtigkeitsdefiziten führt.

der vergangenen vier Jahre. Die fachliche Arbeit der Jugendgremien sei erfolgreich gewesen. Er ermunterte alle, sich weiter rege zu engagieren und sich auch nicht von Rückschlägen entmutigen zu lassen.

Lehmann wünschte der neuen Bundesjugendleitung für ihre Arbeit viel Glück und Erfolg.

### ➤ Blick in schwierige Gründungsphase

Glanzvoller Höhepunkt des 16. Bundesjugendtages war die Öffentlichkeitsveranstaltung, an der neben den Delegierten zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften teilnahmen. In diesem Rahmen beging man zugleich eine Feierstunde zum 50-jährigen Jubiläum der DSTG-Jugend.

Aus diesem Anlass schilderte zunächst Gründungsmitglied Karl-Heinz Nitz (BV Westfalen-Lippe) die schwierigen Anfänge. Er unterstrich die entscheidende Rolle des damaligen Bundesvorsitzenden des BDSt, Hermann Fredersdorf, der ebenfalls bei der Öffentlichkeitsveranstaltung zu Gast war. Er hatte damals großen Vorbehalten getrotzt und konnte letztlich den Bundesvorstand überzeugen, dass eine Jugendorganisation in den

eigenen Reihen sinnvoll sei. Die Rahmenbedingungen von einst seien keineswegs vergleichbar mit der heutigen Zeit. Doch sei es nach wie vor wichtig, dass sich die Jugend in das Geschehen einbringt und die heutigen Probleme der jungen Beschäftigten aufgegriffen werden.

Die anschließende Podiumsdiskussion stand unter dem Leitthema „Die Verantwortung des Bundes für die Steuergerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“. Einleitung und Moderation übernahm Mario Moeller.

Eine interessante Diskussion zwischen Christoph Weiser (BMF) und Cornelius Dietze (stv. DSTG-Bundesjugendvorsitzender) schloss sich an. Zunächst wurde der Begriff Steuergerechtigkeit näher definiert. Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass das Spannungsfeld zwischen einfachen Gesetzen und gerechten Regelungen immer zu Kompromissen führen muss.

Danach betrachteten Weiser und Dietze die Bereiche Gesetzgebung, Gesetzesvollzug und Organisation. Dabei diskutierte man über Verantwortlichkeiten, Kontrollaufgaben sowie Vorbildfunktionen des Bundes. Weiser stellte dar, dass oftmals politische Wün-

sche nach Ausnahmen den zu nächst vorgesehenen klaren Vorschriften entgegenstünden.

Abschließend wurde die Situation in der Ausbildung erörtert. Dietze unterstrich die Forderung der DSTG-Jugend, dass die Bundeseinheitlichkeit gewahrt bleiben müsse.

### ► **Abgeordnete würdigen Einsatz der Steuerverwaltung**

In ihren Grußworten gingen Carl-Ludwig Thiele (FDP, MdB) und Dr. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen, MdB) insbesondere auf die aktuelle Finanzkrise ein. Die Abgeordneten vertraten ihre jeweilige Fraktion, obwohl die Zeit zwischen zwei sehr kurzfristig angesetzten namentlichen Abstimmungen im Deutschen Bundestag für sie äußerst knapp war.

Thiele betonte wie wichtig es sei Engagement zu zeigen; noch dazu in einer Zeit, in der viele andere Bürger sich vom Staat sogar abwenden. Alle Aufgaben und Ausgaben des Staates müssten auf den Prüfstand. Er wies darauf hin, das Steuerrecht sei nicht mehr verständlich – gerade dies wäre aber in der Krise äußerst wichtig.

Dr. Schick ging in seinem Grußwort auf die Umsetzung von Steuergesetzen ein. Gerade die Umsetzung würde in der Öffentlichkeit oft sehr unterschätzt. Die Finanzkrise zeige, dass Steueroasen letztlich Beteiligten und Unbeteiligten auf die Füße fallen können. Seiner Meinung nach führt Personal-mangel in der Finanzverwaltung zu Gerechtigkeitsdefiziten. Damit werde in den Bundesländern Standortpolitik betrieben. Dieser Zustand sei so nicht hinnehmbar und könne nur durch eine Bundessteuer-verwaltung behoben werden.

Anschließend dankte der Vorsitzende der dbb-jugend Michael Westphal für die große Unterstützung aus der DSTG.

„Ich hoffe und wünsche, dass die DSTG-Jugend auch weiterhin so stark bleibt“, so Westphal wörtlich. Die DSTG-Jugend sei ein verlässlicher Partner, was sich beispielsweise zuletzt bei den Demonstrationen gezeigt habe. Er hob hervor, dass die DSTG-Jugend großen Anteil an den Erfolgen der dbb-jugend habe. Eine dbb-jugend ohne DSTG-Jugend ist laut Michael Westphal undenkbar.

### ► **Aus DSTG-Jugend kommen Führungskräfte**

Der neue Vorsitzende der DSTG-Jugend Torsten Schlick begründete in seiner Rede, dass sich die DSTG-Jugend große Anerkennung inner- und außerhalb der DSTG erworben sowie ein weites Tätigkeitsfeld erschlossen habe. Er gab einen kurzen Rückblick über die wichtigsten Themen der letzten Jahrzehnte. Eine besondere Aufgabe und Herausforderung bestand dabei im Aufbau der DSTG-Jugend in den neuen Bundesländern nach der deutschen Einheit. Ziel sei gewesen, eine eigene gewerkschaftliche Vertretung in den dortigen Finanzverwaltungen zu positionieren. Auch wenn nicht alle Bemühungen gleich von Erfolg gekrönt waren, könne man heute sagen, dass sich seit Ende der Neunzigerjahre die DSTG-Jugend in den neuen Ländern etabliert und einen erheblichen Anteil zu der positiven Entwicklung der DSTG beigetragen hat.

Schlick stellte mit Zufriedenheit fest, dass die DSTG-Jugend in der Lage ist, qualifizierte Nachwuchskräfte hervorzu-bringen. Zahlreiche Mitglieder der Bezirks- und Landesleitungen sammelten ihre Erfahrung in der Jugendorganisation. Dies sei ein Aspekt, der für die DSTG und die Gesamtgesellschaft wertvoll und nicht zu unterschätzen sei.

# Beamtendarlehen ab

# 0,99%

## gibts bei uns nicht! Dafür aber die besten Konditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von EUR 10.000 bis EUR 80.000
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100% anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100% Vertrauensgarantie
- ✓ Garantierte Bestkonditionen\*

\* Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit – als bei uns, schenken wir Ihnen einen EUR 100 Tankgutschein!

## Jetzt anrufen: 030/ 40 81 64 25 und unverbindliches Angebot abfordern!

dbb vorsorgewerk GmbH  
Friedrichstraße 165  
10117 Berlin

**dbb  
vorsorgewerk**  
günstig + fair + nah

Tel.: 030/40 81 64 25  
Fax: 030/40 81 64 99

beamtendarlehen@dbb.de  
www.dbb-vorsorgewerk.de

Bei dieser Gelegenheit müsse aber auch einmal Danke gesagt werden, meinte Schlick und bedankte sich bei allen, die in den letzten 50 Jahren die DSTG-Jugend gefördert und geprägt haben. Er betonte, dass es das Hauptanliegen sei, die Interessen der jungen Mitglieder vor Ort zu vertreten. Die DSTG-Jugend stehe für Gewerkschaftspolitik von unten nach oben und nicht umgekehrt.

Von besonderem Interesse seien natürlich besonders die Bereiche Ausbildung und Berufspolitik. Alle in der DSTG-Jugend Engagierten seien an Zukunftsperspektiven in der Steuerverwaltung interessiert. „Wir entsprechen damit nicht dem Beamten-Klischee – im Gegenteil, wir sind nicht nur leistungsbereite und leistungsstarke junge Leute, sondern wagen auch einen Blick in die

Zukunft“, so Schlick wörtlich. Damit die Finanzverwaltung auch weiterhin ihrer Herausforderung gerecht werden kann, forderte er die Bundesländer auf, alle Anwärter nach bestandener Laufbahnprüfung auch in ein Beamtenverhältnis zu übernehmen. „Gut ausgebildete Leute nicht zu übernehmen, konnten wir uns noch nie und können wir uns heute weniger denn je leisten.“

Zum Abschluss machte der neue Vorsitzende deutlich, dass die DSTG-Jugend mit 50 Jahren im Rücken optimistisch und positiv in die Zukunft schauen könne. Es sei deutlich geworden, dass die DSTG-Jugend ihre Berechtigung habe. Die DSTG-Jugend werde sich weiterhin solidarisch, aber auch streitbar für die Interessen aller jugendlichen Beschäftigten der Finanzverwaltung einsetzen.



► Die neue DSTG-Bundesjugendleitung (v. l. n. r.) Torsten Schlick (LV Rheinland-Pfalz), Teresa Baumgartner (bfg), DSTG-Chef Dieter Ondracek, Johanna Mieder (LV Rheinland-Pfalz), Stefanie Hofmann (bfg), Cornelius Dietze (LV Sachsen).

### ► Ondracek: Stolz auf den Nachwuchs

Danach brachte der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek seine Freude über die engagierte Jugendorganisation zum Ausdruck. Mit Blick auf Hermann Fredersdorf sagte er, „wir haben eine Jugendorganisation geschaffen und sie ist gut“. Er bekräftigte die Notwendigkeit von gut ausgebildetem Nachwuchs. Die Ausbil-

dung sei ein wichtiges Gebiet, das beobachtet und begleitet werden müsse. Gerade beim Thema Bachelor seien erste Aufweichungen feststellbar, da müsse aufgepasst werden. Insbesondere angesichts der permanenten Steuerhinterziehung und -kriminalität. Ondracek schilderte und kritisierte die zurzeit gängige Praxis ausländischer Banken, die aktiv beim Tarnen und Einrichten von Tarnkonten helfen würden. ■

## Tarifkommission tagte in Berlin

# Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist Tarifergebnis ein beachtlicher Erfolg

Zu ihrer 78. Sitzung traf sich am 7. und 8. Mai 2009 die DSTG-Tarifkommission unter Leitung der Kollegen Helmut Overbeck und Karl-Heinz Leverkus in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Tarifabschluss 2009 für den Länderbereich vom 1. März dieses Jahres. Vor dem Hintergrund der ungünstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stieß der Abschluss bei den Mitgliedern des Gremiums überwiegend auf Zustimmung.

Kritisiert wurde jedoch insbesondere die Darstellung des Tarifabschlusses im Zusammenhang mit der Einrechnung



► Der Vorsitzende der Tarifkommission Helmut Overbeck verabschiedet die langjährige Tarifvertreterin des Landesverbandes Bremen, Elisabeth Ise, aus der Tarifkommission.

der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) in das Tabellenentgelt. Zahlenbeispiele belegen eindeutig, dass Reallohnsteigerungen für 2009 und 2010 erreicht werden konnten, die auf die Laufzeit des Tarifvertrages berechnet zwischen 5,0 und 6,4 Prozent ausmachen.

Der bereits ritualisierte Versuch der Arbeitgeber konnte abgewehrt werden, die Tarifierhöhung erst mit einer zeitlich verzögerten Übernahme in den neuen Bundesländern umzusetzen. Dazu haben die zahlreichen Demonstrationen in vielen ostdeutschen Städten beigetragen.

Besonders beachtet werden müssen darüber hinaus auch die Verbesserungen im Überleitungsrecht der Beschäftigten in den Ländern. So konnten viele Bewährungsaufstiege etc., die allerdings antragspflichtig sind, sowie günstigere Regelungen beim Strukturgleich vereinbart werden.

Weitere Schwerpunkte der umfangreichen Tagesordnung waren die Tarifabschlüsse in den Ländern Berlin und Hessen – die nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angehören –, der Tarifvertrag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) sowie der Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-L), die noch zu verhandelnde Entgeltordnung, neuere Entwicklungen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im



> Zu ihrer 78. Sitzung traf sich am 7. und 8. Mai 2009 die DSTG-Tarifkommission in Berlin.

Bereich der VBL, Auswirkungen auf die Eingruppierung bei Einführung neuer Organisationsformen sowie Organisationsangelegenheiten.

Begrüßen konnte Helmut Overbeck zur Sitzung der Tarifkommission die stellvertretende Bundesvorsitzende Anne Schauer und den stellver-

tretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler, die sich engagiert an den Diskussionen – insbesondere zum Tarifabschluss und zur Einführung neuer Organisationsverfahren in der Steuerverwaltung – beteiligten.

Aus der Tarifkommission verabschiedet wurde nach fast fünfzehnjähriger Tätigkeit Kollegin Elisabeth Ise (Landesverband Bremen). Sie hatte zuvor in der Sitzung des Hauptvorstandes des Landesverbandes Bremen im Oktober 2008 ihr Mandat als Vorstandsmitglied für Tariffragen zur Verfügung gestellt, da sie in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gewechselt ist. Mit ihrer Bremerhavener Kollegin Ingrid Baryga wurde rechtzeitig eine kompetente Nachfolgerin aufgebaut, die auch vom Landeshauptvorstand der DSTG Bremen einstimmig in das neue Amt gewählt wurde.

## Seminar über neues Tarifrecht stößt auf große Resonanz

Das neue Tarifrecht nach Inkrafttreten des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist und bleibt ein Dauerbrenner im Seminarprogramm

der DSTG. Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Bundesländern nahmen vom 11. bis 13. Mai 2009 in Berlin die Gelegenheit wahr, sich ausführlich von

erfahrenen Referenten informieren zu lassen. Das Seminar wurde von dem Vorsitzenden der Tarifkommission Helmut Overbeck geleitet. Overbeck berichtete

auch über Hintergründe und wichtige Aspekte des Tarifabschlusses im Länderbereich.

Wertvolle Erfahrungen aus der Anwenderpraxis mit dem TV-L vermittelte Karl-Heinz Leverkus (BV Düsseldorf), der auch über den Tarifabschluss vom 1. März 2009 für die Beschäftigten in den Ländern mit den Kolleginnen und Kollegen intensiv diskutierte. Kollege Leverkus und Tarifreferent Heinz Gewehr aus der DSTG-Bundesgeschäftsstelle informierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerdem über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene und gaben einen Überblick über die gewerkschaftliche Interessenvertretung von Tarifbeschäftigten und Beamten des öffentlichen Dienstes. Ein Besuch beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung rundete das Seminarprogramm ab.



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Tarifseminars vor dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin.

# Seminar für Vertrauenspersonen schwerbehinderter Menschen



Die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer vor dem dbb forum siebengebirge in Königswinter-Thomasberg.

In der Zeit vom 16. bis 18. April 2009 trafen sich im dbb forum siebengebirge in Königswinter-Thomasberg die in den Stufenvertretungen der Finanzverwaltung tätigen Vertrauenspersonen schwerbehinderter Menschen zu einem fachspezifischen Seminar und einem umfassenden Erfahrungsaustausch. Das Seminar leitete die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer. Heinz Pütz

(Hauptvertrauensperson im NRW-Finanzministerium) hatte das Seminar konzipiert. Am ersten Seminartag stand die Arbeit der Integrationsfachdienste im Vordergrund, die für die Vertrauenspersonen wichtige Partner sind, um ihre – wegen ungünstiger Rahmenbedingungen – schwerer werdende Arbeit und Aufgaben zu bewältigen. Zu diesem Thema referierte Ortrud Keppel vom Integrationsamt

beim Landschaftsverband Rheinland. Roland Portuné von der Landesunfallkasse NRW behandelte am zweiten Tag die „Ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychosozialer Aspekte“. Hier zeigte sich in der Diskussion, dass insbesondere die Zunahme psychischer Erkrankungen den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern in der täglichen Praxis große Sorgen bereitet. An vorderer Stelle steht in der Finanzverwaltung ebenso das Thema „Gesundheitsmanagement“. Über „Die Verantwortung der Gewerkschaft für die Belange schwerbehinderter Menschen und die Unterstützung der Vertrauenspersonen schwerbehinderter Menschen durch die Gewerkschaften“ referierte die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer. Sie machte deutlich, dass die Vertrauenspersonen wichtige

Partner in der Gewerkschaftsarbeit auf den verschiedensten Ebenen sind und ihre Arbeit insbesondere durch den auf dbb Ebene eingerichteten Arbeitskreis ‚Behindertenpolitik‘, gewonnen habe. Heinz Pütz referierte zum Abschluss über die Bedeutung des Themas „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ (§ 84 SGB IX). Hier habe sich, was die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung angehe, der Arbeitskreis ‚Behindertenpolitik‘ positioniert. Zurzeit finde eine Umfrage in den Mitgliedsgewerkschaften des dbb statt, um herauszufinden, inwieweit die rechtzeitige und umfassende Beteiligung der Vertrauenspersonen praktisch erfolgt und umgesetzt wird. Insbesondere vertrete die Landesdatenschutzbeauftragte in NRW hierzu eine andere Rechtsauffassung als der Gesetzgeber. ■

dbb vorsorgewerk informiert:

## In jeder Lebensphase richtig krankenversichert

**Wer auf der Suche nach einer besonders leistungsstarken Krankenversicherung ist, sollte ins Kleingedruckte schauen:**

**Bietet der Versicherungsschutz vertraglich garantierte medizinische Dienstleistungen? Leistet der Tarif ohne Kürzung, wenn direkt ein Facharzt konsultiert wird? Bietet der Tarif umfangreiche Optionsrechte zur Verbesserung des Versicherungsschutzes, die zusätzlich zum Anpas-**

**sungsrecht an den Beihilfebedarf bestehen? Besteht bei Auslandsreisen bis zu 6 Monaten weltweiter Versicherungsschutz? Ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis, besonders für Beamte und Beamtenanwärter ohne Wartezeiten bieten die Produkte der DBV Deutsche Beamtenversicherung Krankenversicherung.**

Der Spezialversicherer für den öffentlichen Dienst bietet mit

„Vision B“ Beamtinnen und Beamten eine auf die Beihilfe maßgeschneiderten Versicherungsschutz im Krankheitsfall an. Für jeden Beihilfeanspruch und für die unterschiedlichen Lebensphasen eines Beamten – von der Zeit als Anwärter bis zum Beamten auf Lebenszeit – gibt es den richtigen Versicherungsschutz im Angebot.

Dass Vision B alles hat, was man sich von einer Krankenver-

sicherung wünscht, zeigt ein Blick in die Bedingungen:

Der Tarif gewährt bei früherer Entlassung aus dem Krankenhaus einen Zuschuss zur häuslichen Krankenpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung. Ebenfalls enthalten: erweiterte Vorsorgeuntersuchungen – für Erwachsene ohne Altersbeschränkungen. Auch wenn Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen werden, hat dies keine Auswirkungen auf eine mögliche Beitragsrückerstattung.

Hinzu kommt: Für Beamtenanwärterinnen ist die DBV mit Ihrem Tarif „Vision B Ausbildung“ eine der preisgünstigsten privaten Krankenversicherer am Markt. ■

# 58er-Bezüge fallen unter begünstigte Versorgungsbezüge

Mit einem am 8. April dieses Jahres veröffentlichten Urteil hat der Bundesfinanzhof (BFH) festgestellt, dass Bezüge, die während eines dem Ruhestand vorgeschalteten Sonderurlaubs gezahlt werden, steuerrechtlich bereits als Versorgungsbezüge zu behandeln sind (BFH-Urteil vom 12. Februar 2009 – 6 R 15/07).

Ermöglicht der Dienstherr zum Abbau von Personalüberhängen Beamten, die das 58. Lebensjahr vollendet und den Höchstruhegehaltssatz erreicht haben, in Form einer Sonderurlaubsregelung unwiderruflich die Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung von 70 Prozent der Besoldung bis zur Versetzung in den Ruhestand (sog. 58er-Regelung), so handelt es sich um einen „gleichartigen Bezug“ im Sinne des § 19 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a EStG und damit um begünstigte Versorgungsbezüge.

Zu den Einkünften aus nicht-selbstständiger Arbeit gehören u. a. auch Ruhegelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen (§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG). Nach § 19 Abs. 2 Satz 1 EStG bleibt von Versorgungsbezügen ein Betrag von 40 Prozent dieser Bezüge, höchstens jedoch insgesamt ein Betrag von 3.072 Euro in den Jahren, die dem vom höchsten deutschen Finanzgericht zu entscheidenden Sachverhalt zugrunde lagen, steuerfrei. Nach § 19 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a EStG sind Versorgungsbezüge Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen, die als Ruhegehalt oder als gleichartiger Bezug aufgrund beamtenrechtlicher oder entsprechender gesetzlicher Vorschriften gewährt werden.

Dazu gehören nach Ansicht des Bundesfinanzhofes auch die Bezüge, die während des Sonderurlaubs gewährt wer-

den, obwohl Dienstleistungen des Beamten nicht mehr erbracht werden. Die Unterschiede der Bezüge während der 58er-Regelung zum beamtenrechtlichen Ruhegehalt sind nach Meinung des BFH nicht so entscheidend, dass nicht mehr von einem dem Ruhege-

halt gleichartigen Bezug gesprochen werden kann; maßgebend ist vielmehr, dass den Bezügen die Funktion eines vorgezogenen Ruhegehalts zukommt, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Beamte unwiderruflich vom Dienst freigestellt worden ist. Auch sprechen für einen dem Ruhegehalt gleichartigen Bezug die Verknüpfung zwischen Sonderurlaub und Ruhestand und die an dem Ruhegehaltssatz ausgerichtete Besoldungshöhe. ■



## Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz stärken Position der DSTG

Bei den Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz, die am 20. April 2009 stattfanden, haben die Wahlberechtigten die zurückliegende Arbeit des Bezirkspersonalrates und des Hauptpersonalrates gewürdigt und mit einem hervorragenden Ergebnis den Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG ihr Vertrauen für die Zukunft ausgesprochen. So konnten im Bezirks- und Hauptpersonalrat zwei Beamtensitze dazu gewonnen werden. Aus diesem hochehrreichen Wahlergebnis ergibt sich folgende Verteilung:

- > zukünftig entsendet die DSTG im Beamtenbereich elf Vertreterinnen und Vertreter, ver.di drei,
- > im Tarifbereich entfallen zwei Sitze auf die DSTG, ver.di erhält einen Sitz. ■

# Bei Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen wird draufgesattelt

Die Wirtschaftskrise zwingt die Politik dazu neben den Konjunkturpaketen weitere steuerliche Entlastungen für Unternehmen auf den Weg zu bringen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bürgerentlastungsgesetz sind Reformen bei der Unternehmensbesteuerung mit einem Entlastungsvolumen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro geplant. Die Umsatzgrenze bei der Ist-Be-

steuerung soll ab dem 1. Juli dieses Jahres bis Ende 2010 bundesweit auf 500.000 Euro angehoben werden. Dies stärkt die Liquidität vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen und wird diese um fast zwei Milliarden Euro entlasten. Unternehmen können derzeit die Umsatzsteuer auf Antrag nach den eingenommenen Beträgen berechnen, wenn der Gesamtumsatz im Vorjahr nicht

mehr als 250.000 Euro betrug. Für ostdeutsche Unternehmen gilt seit 1996 die 500.000-Euro-Grenze. Diese Sonderregelung sollte eigentlich Ende 2009 auslaufen; sie wird nach der Koalitionseinigung nun bis Ende 2010 verlängert und auf Westdeutschland übertragen. Daneben soll die Zinsschrankenregelung deutlich entschärft werden. Die Freigrenze bei der Zinsschranke wird für die Jahre

2008 und 2009 von einer Million Euro auf drei Millionen Euro angehoben. Damit fallen mehr als die Hälfte der belasteten Unternehmen aus der Zinsschrankenregelung heraus.

Geplant ist für die Jahre 2008 bis 2009 die restriktiven Regelungen zum Vortrag von Verlusten bei Unternehmensbeteiligungen spürbar zu lockern. Der übernehmende Konzern soll in diesem Zeitraum die auflaufenden Verluste unter gewissen Bedingungen mit seinen Unternehmensgewinnen verrechnen können. Seit der Unternehmenssteuerreform 2008 fallen Verlustvorträge bei einem wesentlichen Anteilseignerwechsel weg.

Die gesetzlichen Neuerungen zur Unternehmensbesteuerung werden an den Gesetzentwurf zum Bürgerentlastungsgesetz angehängt und durchlaufen mit diesem das weitere Gesetzgebungsverfahren. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz werden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge stärker steuerlich berücksichtigt. Anders als zunächst geplant sollen Beiträge für die Arbeitslosen-, Haftpflicht-, Unfall- und Berufsunfähigkeitsversicherung bei Geringverdienern weiterhin steuerliche Berücksichtigung finden. Die geplante Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit dieser sonstigen Vorsorgeleistungen wurde u. a. von Seiten der DSTG in der Expertenanhörung im Finanzausschuss des Deut-

schen Bundestages als falsches Signal der Politik im Hinblick auf die Stärkung von Eigenvorsorge gewertet.

Vorgesehen ist nun, dass derjenige, der seine Sozialversicherungen vollständig alleine finanziert, für sämtliche Vorsorgeaufwendungen einschließlich derer für Kranken- und Pflegeversicherung bis zu 2.800 Euro im Jahr ansetzen kann. Für Beamte und Arbeitnehmer soll ein gekürzter Höchstbetrag von 1.900 Euro im Jahr gelten. Profitieren werden von dieser Neuerung vor allem Geringverdiener, denn bei den meisten Steuerzahlern wird sich die geplante Nachbesserung steuerlich nicht auswirken, weil für sie der berücksichtigungsfähige Rahmen allein mit den Kranken- und



➤ Eine gute Gelegenheit für Hintergrundgespräche bot der prominent besuchte Parlamentarische Abend des dbb-Landesbundes Sachsen, v. l. n. r.: dbb Chef Peter Heesen, Finanzminister des Freistaates Sachsen Prof. Georg Unland, dbb-Landesbundschaftsleiter Günter Steinbrecht und DSTG-Chef Dieter Ondracek.

Pflegeversicherungsaufwendungen ausgeschöpft sein wird. Zusätzlich zu den mit der Neuerung verbundenen Steuerausfällen von rund 200 Milli-

onen Euro soll die verbesserte Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen zu einer Entlastung der Bürger um rund 9,5 Milliarden Euro führen. ■

#### ➤ TAUSCHCKE

- **StS z. A. (A6) aus Rheinland-Pfalz** sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Thüringen oder Niedersachsen. Bevorzugte Finanzämter aus Thüringen oder Niedersachsen: Eisenach, Mühlhausen, Gotha, Peine, Braunschweig, Wolfenbüttel. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter: 0177/172 42 56.
- **StS'in (A6) aus Hessen** sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Thüringen. Bevorzugte Finanzämter: Erfurt, Gotha, Jena, Suhl, Eisenach, Ilmenau. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 069/30830-217.
- **Steueroberinspektorin (A7)** aus dem Geschäftsbereich Oberfinanzdirektion Rheinland, sucht Tauschpartner aus Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Kontakt: anjameier3@gmx.de oder 01577/4530046.
- **StOS'in (A7) aus dem Saarland** sucht Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (bevorzugt: Pforzheim, Calw, Karlsruhe). Versetzungsantrag ist gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte meldet euch unter 0151/27132379 oder tauschgesuch@gmx.de.
- **StOs'in (A7) aus Hessen** (FA Frankfurt) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz. Bevorzugte Finanzämter im Bereich Hachenburg-Altenkirchen sowie Montabaur. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 0170/2992551 oder 02662/941891.
- **Stl'in (A9) aus NRW** (OFD Münster) sucht dringend aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg), vorzugsweise FÄ Magdeburg und Stendal, Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 0172/9519642.
- **StS'in (A6) Hessen** sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in (ggf. Ringtausch) aus Bayern. Bevorzugte Ämter – alle im Regierungsbezirk Oberbayern – (auch München), Landsberg am Lech, Fürstfeldbruck oder Füssen. Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte melden unter 0151/11518050 oder project84@freenet.de
- **Steuerinspektorin z. A. (A9) aus Hessen** (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner/in aus Hamburg oder Schleswig-Holstein. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bei Interesse bitte ich um Rückmeldung unter 0170/4931013 (ab 17 Uhr)
- **StHS'in (A8)** sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Baden-Württemberg oder optimal Berlin bzw. Brandenburg (Ringtausch) nach Hessen (FA Frankfurt). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Tel. 0151/12158302
- **StI (A9) aus Niedersachsen** sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in (ggf. Ringtausch) aus Ba-Wü (bevorzugt FA Calw, Böblingen, Tübingen, Leonberg, Freudenstadt, Stuttgart). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 04921/934617 oder nach Feierabend/WE 04934/910903.
- **Amtsrat (A12) aus Hessen** sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 0170/5258917 oder versetzung\_he\_nrw@onlinehome.de
- **StI'in (A9) aus dem Bundesland Brandenburg** sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Da eine Versetzung nahe an Berlin (FA Potsdam) ggf. möglich wäre, wäre das vielleicht auch eine Alternative für jemanden, der eigentlich nach Berlin möchte. Interessenten bitte melden unter 0177/7674319 oder h\_friedrich80@yahoo.de
- **StOI, OFD Rheinland**, sucht Tauschpartner aus dem Bereich Berlin, Brandenburg, Potsdam. Tel. 0172/2167863.